

Beschluss (vorläufig) Unbürokratisches Verfahren zur Mittelabrufung durch Ortsverbände

Gremium: OV Schwedeneck
Beschlussdatum: 14.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Die Kreismitgliederversammlung beauftragt den Kreisvorstand, ein einfaches,
- 3 unbürokratisches und praktikables
- 4 Verfahren zu entwickeln, das es den Ortsverbänden ermöglicht, das ihnen
- 5 zustehende Budget ohne vorherige Antragstellung, sondern durch nachträgliche
- 6 Einreichung von Belegen, abzurufen.

Begründung

Die Arbeit der Ortsverbände lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen, die ihre Zeit in politische Arbeit, Aktionen und Bürger*innenkontakte investieren. Bürokratische Hürden sollten dieses Engagement nicht ausbremsen.

Das derzeitige Verfahren zur Mittelabrufung ist in der Praxis mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden – sowohl für die Ortsverbände als auch für die Kreisgeschäftsstelle. Die erforderliche vorherige Antragstellung bedeutet für beide Seiten zusätzlichen Abstimmungs- und Bearbeitungsaufwand, der wertvolle Zeit bindet, die besser in politische Arbeit und Mitgliederaktivierung fließen könnte.

Ein Verfahren, bei dem Ausgaben durch die nachträgliche Einreichung von Belegen abgerechnet werden können, würde:

- den Ortsverbänden mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung geben,
- die Kreisgeschäftsstelle entlasten und Abläufe vereinfachen,
- sowie das ehrenamtliche Engagement vor Ort stärken.

Vertrauen, Transparenz und Pragmatismus sind Grundlagen unserer grünen Parteiarbeit – sie sollten sich auch in unseren Finanzprozessen widerspiegeln.

Beschluss Kreisweites Konzept zur Unterstützung von Raumbedarf und politischer Infrastruktur

Antragsteller*in: OV Rendsburg, OV Eckernförde, Diana Tomsche, Christian Bültemann, Verena Duden-Morsch, Jonas Boysen

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung beauftragt den Kreisvorstand, bis zum Ende des Jahres 2026 ein transparentes, gerechtes und kreisweites Konzept zur Unterstützung der Ortsverbände bei Raumbedarf, Infrastruktur und politischer Arbeit zu entwickeln und der Kreismitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept soll insbesondere:

- die Größe sowie die räumliche Ausdehnung des Kreisverbands Rendsburg-Eckernförde berücksichtigen,
- sicherstellen, dass alle Ortsverbände – unabhängig von ihrem Standort – angemessen von der Regelung profitieren können,
- verschiedene Modelle ergebnisoffen prüfen, darunter
 - die dauerhafte Anmietung von Büroräumen,
 - die zeitweise bzw. tageweise Anmietung von Räumen für Sitzungen, Veranstaltungen und politische Arbeit,
 - sowie weitere dezentrale, mobile oder projektbezogene Lösungen,
- klare Kriterien für Förderung, Finanzierung und Nutzung benennen,
- und die finanziellen Auswirkungen für den Kreisverband insgesamt transparent darstellen.

Bestehende Strukturen sowie laufendes ehrenamtliches Engagement, insbesondere bereits genutzte und aus privaten Mitteln oder Spenden finanzierte Räumlichkeiten, sollen bei der Konzeptentwicklung ausdrücklich berücksichtigt und gewürdigt werden.

Nach Vorlage des Konzepts entscheidet die Kreismitgliederversammlung über gegebenenfalls erforderliche standortbezogene Maßnahmen.

Begründung

Der Antrag zur Finanzierung des Grünen Ecks in Rendsburg macht einen realen Bedarf sichtbar und würdigt das große ehrenamtliche Engagement vor Ort. Seit Jahren wird das Grüne Eck durch freiwillige Spenden und private Beiträge von Mitgliedern getragen und leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Arbeit, Sichtbarkeit und Vernetzung im Kreisverband.

Gleichzeitig steht der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde vor der Herausforderung, in einem räumlich großen und strukturell heterogenen Gebiet faire und nachhaltige Rahmenbedingungen für alle Ortsverbände zu schaffen. Mehrere Ortsverbände sehen sich mit ähnlichen Fragen des Raumbedarfs und der infrastrukturellen Absicherung konfrontiert.

Mit diesem Antrag wird ein Weg gewählt, der beides miteinander verbindet:
die Anerkennung und Berücksichtigung bestehender Strukturen sowie die Entwicklung eines
solidarischen, transparenten und zukunftsfähigen Gesamtkonzepts für den gesamten Kreisverband.

Eine ergebnisoffene Prüfung unterschiedlicher Modelle schafft die Grundlage für sachliche und
nachvollziehbare Entscheidungen und verhindert vorschnelle Einzellösungen. Auf dieser Basis kann die
Kreismitgliederversammlung anschließend fundiert über konkrete standortbezogene Maßnahmen
entscheiden.

Der Antrag stärkt damit die Infrastruktur des gesamten Kreisverbands, fördert den innerverbandlichen
Zusammenhalt und schafft Planungssicherheit für die politische Arbeit vor Ort.